



Foto: E. Kasperaki

ANGELA MERKEL:

## Die **Wahl** zeigt: Wir können wieder **vorne sein**

*Ein Ergebnis, auf dem man aufbauen könne, hat Angela Merkel die Stimmenanteile von CDU und FDP bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen genannt.*

*Wenn man sie zusammenzähle, ergebe sich ein Abstand zu Rot-Grün, der in diesem Bundesland seit*

*Jahrzehnten nicht so gering gewesen ist. Die Parteivorsitzende gratulierte der FDP zu deren Wiedereinzug in das Düsseldorfer Landesparlament.*

*Obwohl die CDU ihr Wahlziel in Nordrhein-Westfalen nicht erreicht ha-*

*Fotsetzung Seite 3*

### INHALT

„DEUTSCHLAND  
IM AUFRUCH“  
Friedrich Merz:

*Den günstigsten Zeitpunkt für eine wirkliche Modernisierung jetzt schon verpasst*  
SEITE 7

KONSENSGESPRÄCHE  
*Willkürliche Eingriffe in die Rentenversicherung wird die Union nicht mittragen*  
SEITE 10

INNERE SICHERHEIT  
*Polizeiliche Kriminalstatistik 1999: Zahlen stagnieren auf hohem Niveau*  
SEITE 15

**FRIEDRICH MERZ:  
DEN GÜNSTIGSTEN ZEITPUNKT  
FÜR EINE WIRKLICHE  
MODERNISIERUNG JETZT  
SCHON VERPASST.**

Seite 7-9

*In „Fakten und Argumente“ haben wir die Antwort des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf die Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 12. Mai zerlegt: ■ Rückgang der Arbeitslosigkeit = im wesentlichen nur statistisch begründet ■ Wachstum = überwiegend nur vom Export getragen. ■ Staatsquote = nicht gesunken, sondern wieder auf fast 49 Prozent gestiegen. ■ Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse = 700 000 ersatzlos weggefallen und nur 100 000 entstanden.*

**GEGEN WILLKÜRLICHE  
EINGRIFFE IN DIE  
RENTENVERSICHERUNG**

Seite 10-11

*In einem gemeinsamen Brief an Bundeskanzler Gerhard Schröder haben am 17. Mai die Parteivorsitzende Angela Merkel und der CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber die Position von CDU und CSU bei den Rentenkonsensgesprächen beschrieben.*

**MARIA BÖHMER UND  
URSULA HEINEN:  
WIR BRAUCHEN EINE  
NATIONALE BILDUNGS-  
OFFENSIVE**

Seite 18

*Der hohe Arbeitskräftebedarf in der Informations- und Kommunikationsbranche hat erhebliche Mängel unseres Bildungssystems offen gelegt. Die Junge Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat deshalb gemeinsam mit den Arbeitsgruppen Wirtschaft und Technologie sowie Bildung und Forschung Vertreter der Wirtschaft, der Gewerkschaften, der Arbeitsverwaltung und der Hochschulen zu einem Gespräch eingeladen. Ein wichtiges Ergebnis dieses Gesprächs ist die Vielschichtigkeit der Ursachen für den Arbeitskräftebedarf. Sie erlaubt es nicht, nur mit einer einzigen Maßnahme, nämlich einem GreenCard-Schnellschuss aus der Hüfte, zu reagieren.*

**POSITIONSPAPIER:  
DIE ZUKUNFT  
DER BUNDESWEHR**

Dokumentation

*Beschluss des Bundesfachausschusses Außen- und Sicherheitspolitik unter der Leitung von Friedbert Pflüger, vorbereitet durch die Arbeitsgruppe Bundeswehr unter der Leitung von Ruprecht Polenz: Neue sicherheitspolitische Herausforderungen erfordern neue Antworten.*

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (0228) 5440, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 50000), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 10050), Abonnementpreis jährlich 60,- DM, Einzelpreis 1,60 DM, Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

*Fotsetzung von Seite 1  
be, bedeuten die 37 Prozent:  
Die CDU hat sich „stabilisiert und konsolidiert“ - ein Erfolg, der angesichts der Situation der Partei noch vor wenigen Wochen besonders erfreulich ist und eine Stärke der CDU unter Beweis stellt, die sich unmittelbar auf „unsere Bündnisfähigkeit“ auswirkt.*

*Im Namen von Präsidium und Bundesvorstand, die in Berlin das Wahlergebnis beraten haben, dankte die Parteivorsitzende allen Wahlkämpfern. Ihnen sei es gelungen, über die Frage der Bildungspolitik und mit Hilfe des Schwungs aus dem Neuanfang des Essener Parteitags das Tief zu überwinden, in das die CDU Ende letzten Jahres geraten war.*

*Angela Merkel: „Rot-Grün hat stark verloren.“*

*Angesichts der Konjunkturdaten und mit Blick auf die Spendenaffäre der CDU hätten die Sozialdemokraten mit erheblichen Zugewinnen gerechnet. Bundeskanzler Schröder habe bereits von einer absoluten Mehrheit geträumt. Stattdessen musste die SPD mit 42,8 Prozent eins ihrer schlechtesten Ergebnisse in Nordrhein-Westfalen einstecken, und die Grünen werden“ zwischen Macht und Seele der Partei zerissen“.*

*Als „großen Erfolg“ sieht die Parteivorsitzende den Ausgang der Kommunalwahlen in Thüringen. Mit landesweit 47,2 Prozent hat die CDU im ersten Wahlgang 10 von 16 Wahlkreisen gewonnen.*

*Angela Merkel: Die Ergebnisse in Nordrhein-Westfalen sowie in Thüringen zei-*

*gen, dass die CDU über eine gute Ausgangsbasis verfügt und mit vollem Einsatz weiter arbeiten kann.*

*„Kein gutes Ergebnis für das Land Nordrhein-Westfalen“ ist für Jürgen Rüttgers der Wahlausgang: „Wir haben unser Ziel nicht erreicht, die rot-grüne Koalition in Düsseldorf abzulösen.“ Nach 32 Prozentpunkten, die für die CDU noch Anfang April festgestellt worden waren, sei er froh, fast 37 Prozent erreicht zu haben.*

*Trotz der schweren Verluste, die SPD und Grüne hätten hinnehmen müssen, erwarte er, dass sie weiter die Regierung stellen und dass die FDP nicht mitregieren werde. „Die CDU wird“, so kündigte Jürgen Rüttgers an, „im Düsseldorfer Landtag kraftvoll Opposition machen.“*

## GENERALSEKRETÄR RUPRECHT POLENZ:

### Wir sind aus der Krise raus

*Mit dem Wahlausgang wird nach Meinung des Generalsekretärs in Nordrhein-Westfalen einiges in Bewegung geraten. Die SPD habe sich weit von ihren früheren absoluten Mehrheiten entfernt und eines der schlechtesten Wahlergebnisse der letzten Jahrzehnte erzielt.*

*Der CDU dagegen bestätige das Wahlergebnis: Wir haben in den letzten Monaten stetig aufgeholt und die Krise hinter uns gelassen.*

*Ruprecht Polenz: Wir sind aus der Talsohle heraus, und mit gut 37 % haben wir unser Resultat von vor fünf Jahren halten können. Allerdings ist es uns nicht*

*gelingen, den politischen Wechsel in Düsseldorf herbeizuführen.*

*Zu den bundespolitischen Auswirkungen der Landtagswahlen erklärte Polenz: Das Ziel der CDU ist, bei der Bundestagswahl 2002 deutlich über 40 % der Stimmen zu erreichen. Dafür arbeiten wir hart.*

# Die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 14. Mai

	Landtagswahl Nordrhein- Westfalen 2000		Landtagswahl Nordrhein- Westfalen 1995		Differenz
	Anzahl	%	Anzahl	%	
Wahlberechtigte	13.062.993		13.041.964		
Wahlbeteiligung	7.410.329	56,7	8.353.056	64,0	-7,3
gültige Stimmen	7.335.873		8.294.265		
SPD	3.142.590	42,8	3.816.639	46,0	-3,2
CDU	2.712.281	37,0	3.124.758	37,7	-0,7
FDP	721.387	9,8	332.634	4,0	+5,8
Bündnis 90/Die Grünen	518.384	7,1	830.861	10,0	-2,9
Republikaner	83.251	1,1	65.509	0,8	+0,3
PDS	79.891	1,1			+1,1
Unabhängige Bürger	22.049	0,3			+0,3
RENTNER-PARTEI	10.708	0,1			+0,1
NATURGESETZ Partei	3.475	0,0	12.948	0,2	-0,2
Familie	3.418	0,0	273	0,0	0,0
Die Tierschutzpartei	3.075	0,0	9.936	0,1	-0,1
DKP	1.722	0,0	6.008	0,1	-0,1
Sonstige	33.642	0,5	94.699	1,1	-0,6

## Mandatsverteilung

	Landtagswahl Nordrhein- Westfalen 2000		Landtagswahl Nordrhein- Westfalen 1995		Differenz
SPD	102	(102)	108	(108)	-6
CDU	88	(49)	89	(43)	-1
FDP	24				+24
Bündnis 90/Die Grünen	17		24		-7
Summe	231	(151)	221	(151)	+10

in Klammern: Direktmandate

## Vorläufiges Ergebnis der Kommunalwahlen

Bei den kommunalen Wahlen am 14. Mai waren ca. 1,89 Mio. Bürger stimmberechtigt. Die Wahlbeteiligung lag zur Landrats- und Oberbürgermeisterwahl in den kreisfreien Städten bei 45,7 %, bei den Bürgermei-

sterwahlen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden bei 50,8 %. Zur Wahl standen: 16 Landräte, 6 Oberbürgermeister in kreisfreien Städten, 121 hauptamtliche Bürgermeister, davon 5 Oberbürgermeister großer kreisangehöriger

Städte, und 14 ehrenamtliche Bürgermeister. Auf die im Landtag vertretenen Parteien entfielen im Landesdurchschnitt 47,2 % (CDU), 28,1 % (SPD), 12,5 % (PDS), 12,2 % (Sonstige) der Stimmen.

**Die Landtagswahl Nordrhein-Westfalen 2000 im Vergleich zu anderen Wahlen**

	Landtagswahl Nordrhein-Westfalen 2000		Landtagswahl Nordrhein-Westfalen 1995		Kommunalwahl Nordrhein-Westfalen 1999		Europawahl 1999		Bundesstagswahl 1998		
	Anzahl	%	Anzahl	%	Differenz	Anzahl	% Diff. LTW/KW	Anzahl	% Diff. LTW/EW	Anzahl	% Diff. LTW/BW
Wahlberechtigte	13.062.993		13.041.964			13.718.854		13.075.952		13.086.397	
Wahlbeteiligung	7.410.329	56,7	8.353.056	64,0	-7,3	7.546.136	55,0	5.732.613	43,8	10.984.476	83,9
gültige Stimmen	7.335.873		8.294.265			7.424.065		5.685.577		10.869.535	

(Zweitstimmen)

	SPD	CDU	FDP	Grüne	REP	PDS	Unab	Reinmer	Natur	Familie	Tier	DKP	Sonstige
Anzahl	3.142.590	2.712.281	721.387	518.384	83.251	79.891	22.049	10.708	3.475	3.418	3.075	1.722	33.642
%	42,8	37,0	9,8	7,1	1,1	1,1	0,3	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,5
Anzahl	3.816.639	3.124.758	332.634	830.861	65.509				12.948	273	9.936	6.008	94.699
%	46,0	37,7	4,0	10,0	0,8				0,2	0,0	0,1	0,1	1,1
Differenz	-3,2	-0,7	+5,8	-2,9	+0,3	+1,1	+0,3	+0,1	-0,2	0,0	-0,1	-0,1	-0,6
Anzahl	2.518.918	3.732.592	319.920	542.917	26.176	61.687						2.263	219.592
% Diff. LTW/KW	33,9	50,3	4,3	7,3	0,4	0,8	0,3	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	3,0
Anzahl	2.121.821	2.687.264	197.919	406.176	53.039	76.689			5.131		31.276		106.262
% Diff. LTW/EW	37,3	47,3	3,5	7,1	0,9	1,3	0,2	0,1	0,1	0,0	0,6	0,0	1,9
Anzahl	5.097.425	3.669.024	789.745	745.911	113.608	131.550			5.099	21.079	27.320		268.774
% Diff. LTW/BW	46,9	33,8	7,3	6,9	1,0	1,2	0,3	0,1	0,0	0,2	0,3	0,0	2,5
	-4,1	3,2	2,5	0,2	0,1	-0,1	0,3	0,1	0,0	-0,2	-0,3	0,0	-2,0

1) Wahlen zu den Vertretungen der kreisfreien Städte und Kreise

CDU  
Bundesge-  
schäftsstelle  
-Pressestelle-

**Direktwahl der Landräte und der Oberbürgermeister der kreisfreien Städten in Thüringen**  
am 14. Mai 2000

- vorläufiges amtliches Endergebnis

Landkreis/ kreisfrei Stadt	Bisheriger Amtsinhaber	Partei	Ergebnis	Bewerber	Partei	%	Bewerber	Partei	%
Eichsfeld	Dr. Henning	CDU	gewählt	Dr. Werner Henning	CDU	76,2			
Greiz	Schweinsburg	CDU	gewählt	Marina Schweinsburg	CDU	50,3			
Hildburghausen	Müller	CDU	gewählt	Thomas Müller	CDU	61,0			
Ilm-Kreis	Dr. Senglaub	CDU	gewählt	Dr. Lutz-Rainer Senglaub	CDU	63,5			
Kyffhäuserkreis	Hengstlermann	CDU	gewählt	Peter Hengstlermann	CDU	51,9			
Nordhausen	Claus	CDU	gewählt	Joachim Claus	CDU	61,3			
Saale-Holzland-Kreis	Mascher	CDU	gewählt	Jürgen Mascher	CDU	64,8			
Schmalkalden-Mein.	Luther	CDU	gewählt	Ralf Luther	CDU	66,7			
Sömmerda	Dohndorf	CDU	gewählt	Rüdiger Dohndorf	CDU	57,9			
Sonneberg	Sesselmann	SPD	gewählt				Reiner Sesselmann	SPD	72,3
Unstrut-Hainich-Kreis	Zanker	SPD	gewählt				Harald Zanker	SPD	72,0
Wartburgkreis	Dr. Kaspari	CDU	gewählt	Dr. Martin Kaspari	CDU	58,4			
Weimarer Land	Münchberg	parteilos	gewählt				Hans-Helmut Münchberg	parteilos	66,2
Altenburger Land	Gumprecht	CDU	Stichwahl	Christian Gumprecht	CDU	44,3	Sieghard Rydzewski	SPD	36,1
Gotha	Dr. Reinholz	CDU	Stichwahl	Dr. Dieter Reinholz	CDU	36,1	Dr. Dr. S. Liebezelt	SPD	31,9
Saalfeld-Rudolstadt	Dr. Thomas	CDU	Stichwahl	Dr. Werner Thomas	CDU	48,4	Marron Philipp	SPD	33,4
Stadt Erfurt	Ruge	CDU	gewählt	Manfred Ruge	CDU	51,9			
Stadt Gera	Rauch	parteilos	gewählt				Ralf Rauch	parteilos	54,4
Stadt Weimar	Dr. Gemmer	parteilos	gewählt				Dr. Volkhardt Gemmer	Parteilos	60,9
Stadt Eisenach	Brodhun	CDU	Stichwahl	Gerhard Schneider	CDU	49,0	Klaus-Dieter Herzog	SPD	27,3
Stadt Jena	Dr. Röhlinger	FDP	Stichwahl	Dr. Peter Röhlinger	FDP	36,4	Dr. Albrecht Schröder	SPD	27,0
Stadt Suhl	Dr. Kummer	CDU	Stichwahl	Dr. Martin Kummer	CDU	49,958	Ina Leukerfeld	PDS	26,2

Die Landratswahl im Saale-Orla-Kreis fand bereits am 16.01.2000 statt; gewählt: Frank Rofner, SPD

FRIEDRICH MERZ:

## Den **günstigen Zeitpunkt** für eine wirkliche **Modernisierung** jetzt schon verpasst

*Friedrich Merz, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der Bundestagsdebatte „Deutschland im Aufbruch“ am 12. Mai – Antwort auf die Regierungserklärung des Bundeskanzlers:*



*schen in den neuen Bundesländern müssen schon den Titel dieser Regierungserklärung – „Moderne Wirtschaftspolitik für neue Arbeitsplätze“ – als blanken Zynismus empfinden.*

### Nur Statistik

*Der Rückgang der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland ist im Wesentlichen statistisch begründet. Er ist eingetreten und wird sich fortsetzen, selbst wenn Sie sich mit Ihrer ganzen Regierung entschließen sollten, bis zum Ende dieser Legislaturperiode in die Toscana zu reisen.*

*schen Durchschnitt im Zuwachs von Beschäftigung erreicht, der bei knapp 2 Prozent lag, dann hätte es in der Bundesrepublik Deutschland rund 500 000 Beschäftigte mehr geben müssen. Davon ist dieses Land aber weiter entfernt denn je zuvor.*

### Neue Länder

*In den neuen Bundesländern hat es einen Abbau von Arbeitsplätzen und einen Rückgang der Beschäftigtenzahl um 50 000 gegeben. Die wissenschaftlichen Forschungsinstitute sagen für das laufende Jahr einen weiteren Rückgang der Beschäftigtenzahl in den neuen Bundesländern um noch einmal 75 000 voraus. Die Men-*

### Grund für die Außenwertschwäche des Euro

*Im Wachstum wie bei der Beschäftigung fällt Deutschland gegenüber dem europäischen Durchschnitt und gegenüber der amerikanischen Volkswirtschaft weiter zurück. Darin, Herr Bundeskanzler, liegt ein wesentlicher Grund für die Außenwertschwäche des Euro. Amerika wächst, Europa wächst nicht genug mit, und Deutschland ist mit Italien Schlusslicht in der Europäischen Union.*

### Im europäischen Vergleich

*Wir haben im Jahre 1999 bei den Beschäftigten gerade einmal ein Wachstum von 0,2 Prozent gehabt. Das sind im Jahresdurchschnitt etwa 30 000 zusätzliche Beschäftigte. Hätten wir den europäi-*

### Wer hat denn...

*... bei der Einführung des Euro von einer kränkelnden Frühgeburt gesprochen. Wir oder Sie, Herr Bundes-*

kanzler? Wer hat denn die Voraussetzungen für die Einführung des Euro kritisiert? Der Euro ist ein Erfolg, aber ober im Verhältnis zum amerikanischen Dollar und zur amerikanischen Volkswirtschaft auch ein Erfolg bleibt, ob Europa mithält oder weiter zurückfällt, das hängt entscheidend von der Wirtschaftspolitik innerhalb der Europäischen Union ab, und das wiederum hängt entscheidend von der Wirtschaftspolitik innerhalb der Bundesrepublik Deutschland als dem Land ab, das ein Drittel der Wirtschaftskraft des Euro-Gebietes stellt.

### Wachstumsschwäche

Woran liegt es, dass wir in der Bundesrepublik Deutschland eine solche Wachstumsschwäche haben? Das Wachstum in Deutschland wird überwiegend vom Export getragen. Im Inland gibt es eine deutliche Schwäche bei der Nachfrage. Diese Nachfrageschwäche im Inland, Herr Bundeskanzler, hat im Wesentlichen damit zu tun, dass in der Verantwortung dieser Bundesregierung im Laufe des Jahres 1999 die Steuer- und Abgabenbelastung auf einen neuen Höchststand gestiegen ist.

### Mit Hilfe der Ökosteuer herunter subventioniert

Im Vergleich zum Jahr 1998 haben Bund, Länder und Gemeinden durch Ihre Steuerpolitik über 90 Milliarden DM mehr Steuern erhoben. Wenn Sie in diesem Zusammenhang die Behauptung aufstellen, dass die Sozialversicherungsbeiträge, insbesondere der Rentenversicherungsbeitrag, gesunken seien, dann sagen Sie doch bitte auch dazu, dass der Rentenversicherungsbeitrag nur deshalb gesunken ist, weil Sie ihn mit Hilfe der Ökosteuer herunter subventioniert haben.

### Staatsquote weiter gestiegen

Die Staatsquote bringt zum Ausdruck, was der Staat durch Steuern und Abgaben von der erbrachten Wirtschaftsleistung dieses Landes für sich beansprucht. Die Staatsquote ist im Jahre 1999 nicht gesunken, sondern sie ist wieder auf knapp 49 Prozent gestiegen, und dies zu einem Zeitpunkt, wo der Herr Bundeswirtschaftsminister in einer Broschüre – zum Ausdruck bringt, dass nach seiner Auffassung „die Staatsquote

auf 40 Prozent zurückgeführt werden muss“.

### Was wir bis 2030 zu erwarten hätten

Ich will Ihnen bei dieser Gelegenheit einmal das Szenario wiedergeben, das der sogenannte Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung vor wenigen Tagen für den Fall zu Papier ge-

### FAKTEN UND ARGUMENTE

bracht hat, dass Ihre Steuerpolitik und Ihre Politik bezüglich der sozialen Sicherungssysteme bis zum Jahre 2030 fortgesetzt wird.

In diesem Zeitraum, so sagt der Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung, wird sich der Rentenversicherungsbeitrag von heute 19,3 Prozent bei ungebremster Entwicklung auf 28 Prozent entwickeln, die Pflegeversicherung von 1,7 Prozent auf 3,5 Prozent mehr als verdoppeln, der Krankenversicherungsbeitrag von heute 13,6 Prozent im Durchschnitt auf 17,5 Prozent erhöhen. Alles in allem eine Steigerung, die zu einer Staatsquote von heute knapp 50 Prozent auf im Jahr 2030 sage und schreibe 65 Prozent führen wird.



## Wer hat denn blockiert?

Wenn bis jetzt in Deutschland jemand blockiert und abgelehnt hat, in der Steuerpolitik zu vernünftigen Ergebnissen zu kommen, dann sind es nicht nur die SPD-geführten Bundesländer vor vier Jahren gewesen, sondern dann ist es diese Bundesregierung gewesen, die bis zum heutigen Tag das Angebot der Opposition, im Gesetzgebungsverfahren des Deutschen Bundestages zu Verbesserungen an Ihrer Steuerpolitik zu kommen, abgelehnt hat.

## Alle Einkunftsarten gleichmäßig besteuern

Wir erhalten einen Grundsatz in der Steuerpolitik für die Zukunft aufrecht, und das ist der Grundsatz der Gleichmäßigkeit der Besteuerung aller Einkunftsarten. Wenn Sie diesen Grundsatz bereit sind zu akzeptieren, Herr Bundeskanzler, akzeptieren wir auch Kompromisse mit Ihnen, die Rücksicht nehmen auf die öffentlichen Haushalte.

## 500 Milliarden DM Honecker-Schulden

Das sind schöne Formulierungen, die Sie im Zusammen-

hang mit den 1,5 Billionen DM Schulden verwenden haben. Aber dabei unterschlagen Sie regelmäßig – das gehört natürlich zu Ihrer politischen Strategie –, dass in diesen 1,5 Billionen DM Schulden 500 Milliarden DM enthalten sind, die nicht die Schulden von Helmut Kohl, sondern die Schulden von Erich Honecker sind.

## Mittelstand entlasten

Diese Steuerreform muss den Mittelstand genauso entlasten wie die großen Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland. Sie entlasten die großen Konzerngesellschaften, und Sie missachten die wirtschaftlichen Interessen und die Leistungsfähigkeit gerade derjenigen, die als junge Unternehmen, als Einzelkaufleute jetzt tätig werden wollen und die auch Arbeitsplätze schaffen.

## 700 000 geringfügige Beschäftigungsverhältnisse ersatzlos weggefallen

Meine Damen und Herren, zum letzten Thema: Welche Angebote machen Sie eigentlich den Langzeitarbeitslosen in der Bundesrepublik Deutschland im Hinblick auf

eine langfristige Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt? Welche Anreize werden für jemanden, der gering qualifiziert ist, geschaffen, sich vielleicht auch für eine etwas geringfügiger bezahlte Beschäftigung wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren? Die einzige Antwort, die die Bundesregierung bis zum heutigen Tage darauf gegeben hat, ist die Sozialversicherungspflicht der so genannten geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse mit dem Ergebnis, dass 100 000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse mehr entstanden sind und 700 000 geringfügige Beschäftigungsverhältnisse ersatzlos weggefallen sind.

## Den günstigen Zeitpunkt jetzt schon verpasst

Meine Vermutung ist, dass Sie, Herr Bundeskanzler, den Zeitpunkt, zu dem Sie eine wirkliche Modernisierung unseres Arbeitsmarktes, unseres Steuersystems und unseres sozialen Sicherungssystems so auf den Weg bringen können, dass in Deutschland im vergleichbaren Maßstab dauerhaft neue Arbeitsplätze entstehen, während Ihrer Regierungstätigkeit schon jetzt verpasst haben.

# Willkürliche Eingriffe können von der Union nicht mitgetragen werden

*In einem gemeinsamen Brief an Bundeskanzler Gerhard Schröder haben am 17. Mai die Parteivorsitzende Angela Merkel und der CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber die Position von CDU und CSU bei den Rentenkonsensgesprächen beschrieben:*

CDU und CSU stimmen mit der SPD darin überein, dass die grundlegenden Fragen der Alterssicherung nur im Konsens der großen politischen Parteien gelöst werden sollen. Deshalb beteiligen sich CDU und CSU konstruktiv mit eigenen Vorschlägen an den Rentenkonsensgesprächen in Berlin.

Entscheidend für CDU und CSU ist eine langfristige Sicherung der Generationengerechtigkeit mit einem Zeithorizont mindestens bis zum Jahr 2030. Dies bedeutet, die heute jungen Menschen dürfen nicht stärker belastet werden als die älteren. Wir dürfen künftigen Generationen nicht mehr zumuten, als wir uns selbst zumuten wollen. Deshalb besteht zwischen der jetzigen und der künftigen Bei-

tragshöhe und dem jetzigen und dem künftigen Rentenniveau eine intergenerative Wechselbeziehung.

---

## Altersarmut muss verhindert werden

Wir stimmen mit der SPD ebenfalls überein, dass das Rentenversicherungssystem so strukturiert sein muss, dass Altersarmut verhindert wird. Freilich darf dies nicht dazu führen, die Leistungsbezogenheit der Rente als elementares Gerechtigkeitsprinzip über Bord zu werfen. Punktuelle bedarfsorientierte Unterstützungsleistungen innerhalb der Rentenversicherung sind deshalb nicht nur aus administrativen und systematischen Gründen verfehlt, sondern widersprechen dem Grundsatz der Leistungsgerechtigkeit und der Äquivalenz.

Die Sicherung eines künftig angemessenen Rentenniveaus für alle sollte deshalb nicht durch – einer Versicherung systemfremder – Fürsorgeleistungen

erfolgen, sondern durch ergänzende private Vorsorge. Dies ist der einzige Weg, die Belastung durch die demographischen Veränderungen effektiv zu verringern und eine nicht tragbare Absenkung des Rentenniveaus bzw. Anhebung der Beiträge zu vermeiden. Das setzt jedoch voraus, dass das heutige Verhältnis zwischen gesetzlicher Rentenversicherung und Privatvorsorge deutlich verbessert wird. Dies entspricht im übrigen auch der Einschätzung namhafter Rentenexperten und den Erfahrungen der Staaten, die bereits seit längerer Zeit die demographische Vorsorge als politisches Ziel verfolgen.

---

## Die Erziehung von Kindern berücksichtigen

Eine – auch quantitativ – glaubwürdige private Vorsorge setzt eine staatliche Förderung voraus, die durch eine systemgerechte, d.h. eine nachgelagerte Besteuerung bewirkt wird, wie

dies in anderen Ländern bereits heute üblich ist.

Ein weiterer Baustein privater Vorsorge muss die Berücksichtigung der Erziehung von Kindern und die Förderung sozial schwacher Familien sein. Kinder sind nicht nur für den Bestand des Generationenvertrags der gesetzlichen Rentenversicherung unerlässlich, sondern sie tragen auch zur Sicherung der Werthaltigkeit des angesparten Kapitalstocks bei. Sozial schwache Familien dürfen aus Gleichheitsgründen nicht von der Bildung einer kapitalfundierten Altersversorgung ausgeschlossen werden. Beide Gruppen zu fördern ist deshalb staatliche Pflicht.

### Die Preisgabe des Systems ist nicht zu verantworten

So sehr wir überzeugt sind, dass das gegenwärtige Rentenversicherungssystem reformiert werden muss, so sehr ist uns auch bewusst, dass eine Preisgabe dieses Systems nicht verantwortbar ist. Nicht nur die Bestandsrenten, sondern auch vorhandene Rentenanprüche müssen respektiert und in ihrer verfassungsrechtlichen Substanz erhalten werden. Dies gebietet im

## ANGELA MERKEL:

### In weiten Teilen unser Integrationskonzept

Als Mahnung an Bundeskanzler Schröder hat Angela Merkel die sog. „Berliner Rede“ von Bundespräsident Johannes Rau zu Einwanderung und Ausländerintegration begrüßt.

Entgegen der Absicht der Bundesregierung, die vor der nächsten Bundestagswahl keine umfas-

sende Zuwanderungsregelung mehr wolle, entspreche Raus Ansatz – so die Parteivorsitzende – „in weiten Teilen unserem Integrationskonzept“.

Generalsekretär Ruprecht Polenz hat sich in diesem Zusammenhang für eine europaweite Regelung der Zuwanderung ausgesprochen.

übrigen auch das Vertrauen der Bevölkerung in unser Altersversicherungssystem.

Willkürliche und unsystematische Eingriffe in das System der gesetzlichen Rentenversicherung können deshalb von der Union nicht mitgetragen werden.

Die Union ist zuversichtlich, dass unter Berücksichtigung der vorgenannten Positionen ein Rentenkonsens der großen politischen Parteien in absehbarer Zeit möglich ist.

Allerdings erwarten wir, dass seitens der Bundesregierung unter Berücksichtigung der Angaben von Bundesminister Riester in seinem Schreiben vom 12. Mai 2000 an den stellvertreten-

den Vorsitzenden der CDU, Herrn Christian Wulff, ein Konzept für die Ausgestaltung der Altersvorsorge vorgelegt wird, auf dessen Grundlage wir die Detaildiskussion führen können.

**Angela Merkel und Edmund Stoiber sind am 17. Mai in Berlin zu einem ersten Koordinierungsgespräch nach dem Essener Parteitag zusammengetroffen. „Wir sind in einer guten Ausgangsposition für die Bundestagswahl 2002“, erklärte Angela Merkel. Denn die Union habe in „wesentlichen Fragestellungen die besseren Konzepte“.**

UD

## Keine Herausgabe an den Ausschuss

*Nach einem Gespräch mit den Fraktionsvorsitzenden erklärte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz:*

■ Die Abhörprotokolle der Stasi dürfen nicht zu Lasten der Opfer, der rechtswidrig Abgehörten und Auspionierten, verwendet werden – weder in der Öffentlichkeit noch in irgendeinem Verfahren, das den Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit erheben will. Das schließt auch eine Verwertung im Untersuchungsausschuss zur Spendenaffäre ohne Wenn und Aber aus.

■ Die Spitzel- und Abhör-Aktionen der Stasi haben dazu gedient, Menschen in der

DDR wie in der alten Bundesrepublik systematisch bis in ihre intimste Privatsphäre hinein zu verfolgen, zu diskreditieren und zu erpressen. Diese Machenschaften verletzen den Kern grundlegender Menschenrechte (Art. 1 Menschenwürde; Art. 2 Absatz 1 allgemeines Persönlichkeitsrecht, insbesondere das Recht auf informationelle Selbstbestimmung; Art. 10 Fernmeldegeheimnis) in besonders verbrecherischer Weise.

■ Der Untersuchungsausschuss darf diese Verletzung nicht fortsetzen, indem er die Produkte der Abhöraktionen verwertet oder gar an die Öffentlichkeit bringt. Das vereinte Deutschland ist ein

Rechtsstaat in allen seinen Teilen und für alle seine Bürger. Träger der öffentlichen Gewalt wie der Untersuchungsausschuss sind verpflichtet, die Grundsätze rechtsstaatlicher Verfahren ohne Ansehen der Person und vor allem ohne jede politische Motivation zu achten.

■ Nichts anderes fordern auch die Strafprozessordnung und das Stasi-Unterlagengesetz, das als Gesetz zum Schutz der Opfer und nicht zur Fortwirkung der Machenschaften der Täter deutlich macht, dass bereits die Kenntnisnahme der Abhörunterlagen durch den Untersuchungsausschuss nicht erlaubt ist.

### SPD-PARTEIFINANZEN

## CDU/CSU stellt weitere **Beweisanträge**

*Andreas Schmidt, Obmann der CDU/CSU im 1. Untersuchungsausschuss: Die Arbeitsgruppe der CDU/CSU-Fraktion im 1. Untersuchungsausschuss hat beschlossen, weitere Beweisanträge einzubringen, die sich mit den SPD-Parteifinanzien befassen.*

Wir wollen die Handelsregisterakten der SPD-Unternehmen Solidarität Verwaltungs- und Treuhandgesellschaft mbH Bonn, der Konzentration GmbH Berlin und der Willy-Brandt-Haus GmbH Berlin sowie einen Grundbuchauszug betreffend das Willy-Brandt-Haus bei-

ziehen. Wir wollen darüber hinaus die Ermittlungsakten der Staatsanwaltschaft Bonn einschließlich deren Beweismittel in dem steuerstrafrechtlichen Ermittlungsverfahren in den achtziger Jahren gegen Verantwortliche der Friedrich-Ebert-Stiftung beziehen.

# Familienpolitik fängt in der Gemeinde an

**Anlässlich des Internationalen Tages der Familie am 15. Mai erklärte die Vorsitzende des Bundesfachausschusses Frauenpolitik, Maria Böhmer:**

Im familienpolitischen Beschluss, den die CDU auf Bundesebene im Dezember 1999 auf den Weg gebracht hat, sind für die Arbeit in den Ländern und in den Gemeinden vor Ort eine Fülle von Anregungen: Angefangen mit dem Ausbau und der Flexibilisierung von Kinderbetreuung bis hin zum familienfreundlichen Wohnen.

Es gibt viele Wege, um im Kleinen mitzuhelfen, den großen familienpolitischen Kurs der CDU zu unterstützen. Wer darauf wartet, dass die Schröder-Bundesregierung im Sinne der Familien handelt, der muss viel Zeit mitbringen. Rot-Grün zieht es vor, Sand ins politische Getriebe – und letztlich in die Augen der Eltern – zu streuen. Mütter und Väter haben sich mehr erhofft als Kindergeld nach dem Gießkannenprinzip, ein Bundeserziehungsgeldgesetz im Westentaschenformat und leere Versprechungen bei der bes-

seren Anerkennung von Kindererziehung in der Rente.

Familienpolitik von CDU und Frauen-Union in der Kommune hat viele Facetten:

■ Mit der Einrichtung von Familienkonferenzen kann ein Forum für das Gespräch zwischen Familien, Experten, Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Verbänden geschaffen werden. Hier wird die Situation genau analysiert und werden Problemlösungen erarbeitet, die zielgenau bei den Bedürfnissen, Vorstellungen und Voraussetzungen vor Ort ansetzen.

■ „Welches ist die familienfreundlichste Gemeinde?“, unter diesem Motto können Dörfer, Städte und Gemeinden einen Wettbewerb rund um das Thema Familienfreundlichkeit ins Leben rufen.

■ Durch die Einführung einer Kinderkomponente in den kommunalen Tarifen für die Ver- und Entsorgung kann der Geldbeutel der Eltern entlastet werden.

■ Ein Familienpass, flächendeckend eingeführt, öffnet Eltern und Kindern die Tür zur kostengünstigen Nutzung öffentlicher Einrichtungen.

■ Familien- und kinderfreundliche Leitlinien sollten für die Kommunen Maßstab für politisches Handeln werden. Nur auf diese Weise kann ein familiengerechtes Umfeld geschaffen werden, bei dem Wohnen, Versorgung, Spiel, Sport im Rahmen des Möglichen zusammengeführt werden.

■ Familienfreundlichkeit rechnet sich – auch für Betriebe. Das Spektrum der Maßnahmen ist breit und reicht vom Angebot der Kinderbetreuung bis hin zur flexiblen Arbeitszeit.

Denn Mütter und Väter, die sich nicht täglich um die Kinderbetreuung sorgen müssen, die mit flexiblen Arbeitszeiten flexibel auf Firmen- und Familienbedürfnisse reagieren können, sind zufriedener und leistungsbereiter.

■ Kinderbetreuung muss flexibilisiert und ausgebaut werden, insbesondere für Kinder unter drei Jahren und über sechs Jahren. Besonders für Kinder im Grundschulalter muss ein zuverlässiges und bedarfsgerechtes Betreuungsangebot geschaffen werden.

# Die **Polizei** muss gehört werden

**Zur anhaltenden Kritik an der von Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelien geplanten Reform des strafrechtlichen Sanktionensystems erklärte der Vorsitzende des Bundesarbeitskreises Polizei der CDU, Minister Volker Bouffier MdL:**

„Knast voll - Täter frei“ - das ist die Devise rot-grüner Rechts- und Innenpolitik.

Der Vorschlag der Bundesjustizministerin, durch Verkürzung der Haftzeiten die teilweise Überbelegung der Justizvollzugsanstalten zu reduzieren, ist so absurd, dass er gar nicht oft genug kritisiert werden kann.

Neben unserem Verständnis für die Betroffenheit der Opfer von Straftaten, die einen solchen „Reformansatz“ als Hohn empfinden müssen, sorgt sich der Bundesarbeitskreis Polizei vor allem um die Auswirkungen auf die Arbeit und Motivation unserer Polizei.

Da werden unsere Polizistinnen und Polizisten in vorbildlicher Erfüllung ihres Dienstes tagtäglich repressiv tätig. Da schlagen gewalttätige Chaoten anlässlich der Feierlichkeiten

zum 1. Mai Polizistinnen und Polizisten brutal zusammen. Da klärt die Polizei erfolgreich Straftaten gegen das Leben, die körperliche Unversehrtheit und sexuelle Selbstbestimmung auf. Und was macht die Bundesjustizministerin? Sie will Straftäter wegen Überfüllung von Justizvollzugsanstalten sofort laufen lassen – auf jeden Fall aber nach Verbüßung der Hälfte der Freiheitsstrafe.

## „Warum sich noch einsetzen?“

Die Bundesjustizministerin stellt den Rechtsstaat auf den Kopf. Mehr noch: Wer so handelt, plädiert öffentlich für die Aufgabe des

Legalitätsprinzips. Nach den bekannten Vorschlägen der Bundesjustizministerin dürfen sich die Polizistinnen und Polizisten zu Recht fragen, warum sie sich noch für den Staat, unser Land, für Recht und Gesetz, den Schutz der Bevölkerung – und auch den Schutz von Politikern einsetzen.

Die Bundesjustizministerin sollte sich in stiller Stunde nach der Sinnhaftigkeit ihres Vorhabens fragen, wenn der Täter der vor kurzem gewaltsam getöteten 26-jährigen Polizistin Karin Späinghaus-Flick nach Verbüßung der Hälfte der verhängten Strafe vorzeitig aus der Haft entlassen oder seine Strafe zu Bewährung ausgesetzt würde.

## ZWANGSARBEITERENTSCHÄDIGUNG

### Polenz warnt vor **Scheitern**

Generalsekretär Ruprecht Polenz hat eindringlich vor einem Scheitern der Stiftungsinitiative für die NS-Zwangsarbeiter gewarnt. Der Berliner Tageszeitung «B.Z.» sagte er, ein solches Scheitern hätte unabsehbare Folgen nicht nur für die ehemaligen Zwangs-

arbeiter, sondern auch für das Ansehen der deutschen Wirtschaft. In den Chefetagen sollte man daran denken, dass die ehemaligen Zwangsarbeiter ein Recht darauf haben, wenn schon keinen Ausgleich, so doch eine Anerkennung ihrer Leiden zu erhalten.

# Zahlen stagnieren auf hohem Niveau

**Zu der vom Bundesinnenminister vorgelegten Polizeilichen Kriminalstatistik 1999 erklärte der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Bosbach:**

Bundesminister Schily spricht im Zusammenhang mit der jetzt vorgelegten Polizeilichen Kriminalstatistik

weit über 6 Mio. Straftaten polizeilich erfasst werden.

Besorgniserregend bleiben vor allem die Entwicklungen im Bereich der Kinder-, Jugend- und Heranwachsendenkriminalität.

Bei der Gruppe der Heranwachsenden stieg die Zahl der Tatverdächtigen an; bei der Gruppe der Kinder und Jugendlichen stagniert sie auf relativ hohem Niveau.

Ungebrochen ist leider auch der Anstieg der Gewaltkriminalität und der Rauschgiftkriminalität.

Der Bundesinnenminister fordert zu Recht eine noch konsequentere und entschlossener Kriminallitätsbekämpfung. Doch Worten müssen auch Taten folgen. Unser Vorschlag einer verbesserten Bekämpfung des Graffiti-Unwesens ist erst vor kurzem an der Regierungskoalition im Bundestag gescheitert.

Rot-Grüne Landesregierungen wollen sog. Bagatelldelikte „entkriminalisieren“. Als seien es Ladendiebstähle, Schwarzfahren, Sachbeschädigungen, Taschendiebstähle, und Sprühdosen-Schmierereien nicht mehr wert straf-

rechtlich geahndet zu werden. Das Rechtsbewusstsein nimmt erheblichen Schaden, wenn Delikte nur deshalb nicht mehr strafrechtlich verfolgt werden, weil sie massenhaft begangen werden. Die Konsequenzen sind verheerend: Hemmschwellen werden gesenkt, Rechtsbrecher ermutigt, kriminelle Karrieren gefördert.

**KEINE  
ENTWARNUNG**

**Zur Polizeilichen Kriminalstatistik erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erwin Marschewski:**

Bereits seit 1995 ist ein jährlicher Rückgang der Zahl der polizeilich registrierten Straftaten festzustellen. Im vergangenen Jahr betrug er 2,4%. Dieser erfreuliche Rückgang ist nicht zuletzt auf die in den letzten Legislaturperioden von CDU und CSU durchgesetzten Verbesserungen des gesetzlichen Instrumentariums zur Kriminalitätsbekämpfung zurückzuführen.

Die positive Gesamtentwicklung bei der Zahl der polizeilich registrierten Straftaten darf jedoch kein Anlaß für Untätigkeit werden. **UD**



W. Bosbach

E. Marschewski

1999 von „erfreulichen Entwicklungen“. In der Tat sind einige Kennziffern positiver als noch vor Jahren. Dies ist sicherlich nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass zwischenzeitlich insgesamt 9 Innenminister und -senatoren von der CDU und CSU für das wichtige Feld der Inneren Sicherheit die politische Verantwortung tragen.

Die Gesamtzahl der polizeilich erfassten Straftaten bewegt sich seit Jahren auf einem zu hohem Niveau. Wir dürfen uns nicht damit abfinden, dass Jahr für Jahr

# Besserung nur durch vernünftige Wirtschaftspolitik

**In der Debatte um den Berufsbildungsbericht 2000 erklärte der Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für berufliche Bildung, Rainer Jork:**

Die Bundesregierung zeichnet in ihrem Berufsbildungsbericht 2000 ein insgesamt realistisches Bild des Lehrstellenmarktes in Deutschland. Durch das Jugendsofortprogramm JUMP wurden im vergangenen Jahr die erheblichen Probleme bei der Sicherung eines ausreichenden Ausbildungsplatzangebotes zwar gemildert, aber keineswegs gelöst. Für die neuen Bundesländer waren die Maßnahmen nur ein kurzes Strohfeuer ohne nachhaltigen Effekt. Durchschnichts- und Zuwachsangaben können nicht über die nach wie vor dramatische Situation hinwegtäuschen.

Die Anzahl der neuen betrieblichen Ausbildungsplätze ist hier „erneut deutlich rückläufig“, obwohl rund 70 % der betrieblich abgeschlossenen Auszubildenden im vergangenen Ausbildungsjahr subventioniert wurden. Die Zahl der besonders ausbildungs-

tensiven kleineren und mittleren Betriebe stagniert oder ist rückläufig. Die sogenannte Ökosteuer und hohe Abgaben und Lohnnebenkosten machen vielen Unternehmen das Überleben unmöglich. Insbesondere im Handwerk mussten deutliche Einbrüche verzeichnet werden. Dabei sind Handwerk und Mittelstand die tragenden Säulen der dualen Berufsausbildung in Deutschland und bilden mit 1,2 Millionen etwa 80 % aller Auszubildenden aus. Das „Bündnis für Arbeit“ erkennt richtig, dass der Mittelstand diese Rolle weiter beibehalten muss. Wo aber sind bisher die konkreten Schlussfolgerungen und Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Ausgangslage in den neuen Bundesländern geblieben? Der für die kommenden Jahre prognostizierte wirtschaftliche Aufschwung wird an den neuen Ländern vorbeigehen. Hier gibt es gegenwärtig ein Quote von 15,7 % bei den Arbeitslosen unter 25 Jahren, während diese in den alten Ländern bei 9,0 %, in Bayern gar nur bei 5,8 % liegt. – Sieht so die Chefsache

„Aufbau Ost“ des Kanzlers Schröder und seines Placebo-Ministers Schwanitz aus?

PROBLEME DER  
NEUEN LÄNDER  
VERKANNT

**Katharina Reiche, stellvertretende Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Neue Länder:**

Vor allem das Programm JUMP sorgt für ein uneffektives und teures Nebeneinander verschiedener staatlicher Programme. Mit viel Geld werden Jugendliche aus zukunfts-trächtigen Programmen der Länder abgeworben, besuchen kurzfristige Nachqualifizierungsmaßnahmen von JUMP, um dann ohne Perspektive und ohne Berufsabschluss zurückzubleiben. Bei JUMP haben die Jugendlichen einfach mehr in Geld in der Tasche. Dafür erwerben sie in der Regel keine Zukunftsperspektive.

Beispielhafte Zahlen für das Land Brandenburg belegen den Fehlschlag von JUMP in den neuen Ländern: weniger als 10 % der Jugendlichen konnten in eine reguläre Ausbildung vermittelt wer-



den. Über 60 % nehmen an ABM-Maßnahmen oder kurzfristigen Trainings- und Nachqualifizierungsmaßnahmen teil. 20 % brachen die Teilnahme an JUMP vorzeitig ab.

JUMP hat zwar eine um rund 100 000 Jugendliche geschönte Arbeitslosenstatistik zur Folge, aber nicht die beabsichtigte positive Wirkung auf den Arbeits- und Ausbildungsmarkt.

Zur Verbesserung des Programms ist es dringend notwendig:

- Das Programm eindeutig auf den ersten Arbeits- und Ausbildungsmarkt auszurichten, um den Jugendlichen tatsächliche Zukunftsperspektiven zu eröffnen.
- Die Koordinierung der verschiedenen staatlichen Aus-

bildungsprogramme des Bundes und der Länder zu verbessern, um Dopplungen in Zukunft zu vermeiden.“

### HEINZ WIESE: KEINE TRAGFÄHIGEN STRUKTUREN

**Eine der größten gesellschaftspolitischen Herausforderungen ist es, jedem Ausbildungswilligen und Ausbildungsfähigen nach der Beendigung der Schulzeit eine Ausbildung und danach den Einstieg in das Berufsleben zu ermöglichen.**

Vor dem Hintergrund der Globalisierung der Märkte, dem rasanten Strukturwandel in der Berufs- und Arbeitswelt, und nicht zuletzt der stattfindenden digitalen Re-

volution, werden die Lebensperspektiven junger Menschen zunehmend von Bildung und Ausbildung geprägt. Im Berichtszeitraum konnte die Zahl der unversorgten Jugendlichen verringert werden, was fast ausschließlich auf die Ausweitung der öffentlich finanzierten Ausbildung, insbesondere auf das Sofortprogramm JUMP zurückzuführen ist.

Wenn die Ausbildungsbetriebe allerdings aufgrund des Programms von sich aus weniger betriebliche Ausbildungsplätze anbieten, ist das Sofortprogramm kontraproduktiv. Auf diese Weise werden keine tragfähigen Strukturen geschaffen. Im Gegenteil: Bestehende tragfähige Strukturen werden zerstört.

## BILDUNG UND FORSCHUNG

### Virus-Attacke als Warnung begreifen

Anlässlich der Beratung der europäischen IT-Initiative 'eEurope' im Ausschuss für Bildung und Forschung erklärte der zuständige Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie forschungs- und medienpolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe, Martin Mayer:

Die enormen wirtschaftlichen Schäden, die der Computervirus 'I love you' verursacht hat, haben mehr als deutlich gemacht, wie weit unser Alltag von intakten Computern und Netzen abhängig ist und welche außergewöhnliche Bedeutung der Sicherheit von Informations- und Kommunikationsanlagen zukommt.

Wenn einige Einzeltäter derartigen Schaden anrichten können, um wie viel mehr sind wir dann durch kriminelle oder terroristische Attentäter bedroht und gefährdet. Politik und Netzwirtschaft müssen die jüngste Virus-Attacke als Menetekel begreifen und der IT-Sicherheit größere Bedeutung einräumen.

# Wir brauchen eine nationale **Bildungsoffensive**

**Zum Arbeitskräftebedarf in der IT-Branche erklärten die Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Maria Böhmer, und die Vorsitzende der Jungen Gruppe, Ursula Heinen:**

Die Junge Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat gemeinsam mit den Arbeitsgruppen Wirtschaft und Technologie sowie Bildung und Forschung eine Expertenanhörung mit Vertretern der Wirtschaft, Gewerkschaften, der Arbeitsverwaltung und der Hochschulen geführt. Das Gespräch hat ergeben:

Die zur Zeit diskutierte Zahl von ca. 75 000 fehlenden IT-Spezialisten ist eine reine Schätzung. Es gibt keine belegte Aussage über den tatsächlichen Bedarf an Fachkräften in der IT-Branche. Eine Internet-Hotline der Bundesanstalt für Arbeit ([www.arbeitsamt.de/hst/services/it\\_hotline/index.html](http://www.arbeitsamt.de/hst/services/it_hotline/index.html)), in der Unternehmen IT-Stellenangebote melden können, hat bislang nur eine Meldung von 7 000 Stellenangeboten und 1 000 offenen Ausbildungsstellen erbracht. Die

Ursachen für den Arbeitskräftebedarf sind vielschichtig:

■ Die Unternehmen haben zu wenige Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt: Im Januar 2000 haben sich doppelt so viele junge Leute um eine Ausbildungsstelle in einem der IT-Berufe beworben, wie Ausbildungsplätze angeboten wurden.

■ Die vier neuen von Jürgen Rüttgers eingeführten IT-Berufe stoßen bei Klein- und Mittelbetrieben auf hohe Akzeptanz. Gleichzeitig besteht aber die Notwendigkeit, die Ausbildung weiter zu modernisieren und flexibler zu gestalten.

■ Arbeitslose IT-Experten, die älter als 40 Jahre sind, werden von den Unternehmen so gut wie gar nicht mehr eingestellt.

■ Der IT-Arbeitsmarkt ist durch eine hohe Bewegung gekennzeichnet: Insgesamt sind derzeit rund 32 000 IT-Spezialisten bei den Arbeitsämtern arbeitslos gemeldet – allein in den ersten drei Monaten des Jahres meldeten sich 14 500 EDV-Fachleute neu arbeitslos. Es gab aber auch 15 000 Abgänge und 6 000 Vermittlungen.

■ Der Frauen-Anteil in der IT-Branche ist sehr niedrig: So liegt ihr Anteil an den neuen Ausbildungsverträgen lediglich bei 13 Prozent.

■ Die IT-Branche verlangt ein hohes interdisziplinäres Wissen. Neben dem eigentlichen Informatik-Fachwissen sind Kenntnisse des Marketing oder des kaufmännischen Bereichs erforderlich und die Fähigkeit zur Team- und Projektarbeit.

■ Den Berufsschulen fehlen geeignete Lehrkräfte. Ursachen sind die Überalterung vieler Lehrkräfte und deren fehlende Qualifizierungen im IT-Bereich.

■ Die Zahl der Studierenden im Fach Informatik hat sich zwischen 1990 und heute nur langsam gesteigert (1990: 13 000 Studierende, 2000: 20 000 Studierende).

■ An den Hochschulen herrscht ein Mangel an Lehrkräften. Ursache dafür ist zum großen Teil die starre Bezahlung im Öffentlichen Dienst. Private Unternehmen werben qualifizierte Lehrkräfte und Assistenten der Hochschulen mit wesentlich höheren Gehaltszahlungen ab. **UID**

LAMERS, MERZ UND HINTZE NEHMEN STELLUNG

# Zur Europapolitik des Bundesaußenministers

## KERNEUROPA WIEDERENTDECKT

**Zur Rede von Außenminister Joseph Fischer in der Humboldt-Universität Berlin erklärte der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Lamers:**

Der Außenminister knüpft damit u.a. an die Kerneuropa-Überlegungen von Wolfgang Schäuble und mir vom September 1994 an, die wir seitdem in mehreren Ideenpapieren konsequent weiter entwickelt haben.

Zu einer redlichen Debatte gehört die Kunst des richtigen Zitierens. Wenn Fischer jetzt in seiner Berliner Rede sagt, Wolfgang Schäuble und ich hätten in unserem Kerneuropa-Papier der „Vorstellung eines exklusiven Kerns“ das Wort geredet, „der noch dazu das Gründungsland Italien [ausschließe]“, so stellt dies den tatsächlichen Vorschlag von 1994 auf den Kopf und zeigt die mangelnde Vertrautheit mit der seitdem erfolgten Debatte. Im Kerneuropa-Papier heißt es wörtlich: „Der Kern darf

nicht abgeschlossen, muss hingegen für jedes Mitglied offen sein, das Willens und in der Lage ist, seinen Anforderungen zu entsprechen“. Für uns war dabei immer klar, dass ein Kern ohne das europäische Kernland Italien unvollständig bliebe. Die politische Entwicklung seitdem hat uns nachdrücklich bestätigt.

## VIELE FRAGEN

**Zur selben Rede erklärten der Fraktionsvorsitzende Friedrich Merz und der europapolitische Sprecher, Peter Hintze:**

■ Die Debatte über die Finalität der Europäischen Union ist überfällig. Insofern spricht der Bundesaußenminister ein wichtiges Thema an. Auch wir sind unverändert für die weitere politische Integration der Europäischen Union.

■ Die Bundesregierung war die treibende Kraft in der Europäischen Union, die den Kreis der potentiellen Mitgliedstaaten uferlos erweitert hat. Jetzt droht der EU eine Funktions- und Identitätskrise. Deshalb hat

sich der Bundesaußenminister offensichtlich zu seiner Rede veranlasst gesehen.

■ Der Vorstoß des Bundesaußenministers wirft eine Vielzahl von Fragen auf:

➔ Ist die Initiative mit allen Partnern in der Europäischen Union abgestimmt?

➔ Wenn von weiterer Souveränitätsteilung zwischen der europäischen Ebene und den Mitgliedstaaten die Rede ist: Welche Zuständigkeiten sollen die Mitgliedstaaten, die Regionen und die Gemeinden in Zukunft haben und behalten?

➔ Bleibt es bei der Absicht der Bundesregierung, diese Regierungskonferenz mit den übrigen Mitgliedstaaten bis zum Ende dieses Jahres abzuschließen?

➔ Wie kann verhindert werden, dass die mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidaten dieses Projekt als ausgrenzende Aktion empfinden, so dass sie Kraft und Schwung ihres inneren Reformprozesses verlieren?

➔ Wie kann sichergestellt werden, dass die Bemühungen für ein bürgernahes, dezentral organisiertes Europa erfolgreich sind? **UID**



## WAHLEN IN NRW

### Quittung für Rot-Grün

Die Wähler haben das rot-grüne Projekt mit deutlichen Stimmenverlusten für beide Parteien abgestraft. Das SPD-Ergebnis ist ein nüchterner Arbeitssieg der Kerngefolgschaft und hat die Aura einer erledigten Schicht. Die unerträgliche Filzokratie nach 34 Jahren Regierungszeit bekommt mit dem schlechtesten Wahlergebnis seit Jahrzehnten ihre Quittung. *Die Welt*

### Sieger FDP

Die Wahl in Nordrhein-Westfalen kennt nur einen Sieger: die FDP. Mit einem spektakulären Zuwachs an Stimmen kehrt sie nicht nur zurück in den Düsseldorfer Landtag, sie ist schlagartig wieder drittstärkste Kraft im größten deutschen Bundesland. Das Comeback der Liberalen ist zugleich eine Rückkehr der politischen Alternativen in Deutschland. Die FDP ist dabei, das an die

Grünen verlorene Erbe der machtpolitischen Avantgarde zurückzuholen. Die Liberalen liegen mit ihrem Leitmotiv der Freiheit wieder mitten im Zeitgeist einer entideologisierten Leistungsgesellschaft auf dem Weg in die Globalisierung. Sie hat nun auch eine Chance, zum kreativen Aufmischer der verkrusteten rot-grünen Szenerie zu werden. *Die Welt*

### Gegenakzent

Inhaltlich war Rüttgers' Rezept auf Volksnähe ausgerichtet. Nicht aus eigenem Antrieb, sondern weil Bundeskanzler Schröder - nicht weniger populistisch - passend zur Globalisierungsdebatte werbewirksam die Greencard-Idee lanciert hatte, griff Rüttgers das Thema auf. Es dauerte Wochen, bis er von der Polemik-Debatte zu einer Bildungsdebatte übergehen konnte. Doch dann wurde immer klarer, dass er sich für jene einsetzte, die noch nicht auf der Siegeswoge der Globalisierung schwimmen, sondern die erst durch massive

Bildung dazu befähigt werden müssen. Damit setzte er einen Gegenakzent zu dem Sozialdemokraten Clement, der sich nicht nur im Wahlkampf, sondern erst recht in der Programmdiskussion der SPD zum Wortführer der Erfolgsgesellschaft machte. Da war endlich der strategische Kontrast zwischen den beiden Spitzenkandidaten der Volksparteien, der wegen der CDU-Finanzaffäre und der Düsseldorfer Flugaffäre ungerechtfertigt stark in den Hintergrund verschwunden war.

Frankfurter Allgemeine

### Nicht mehr isoliert

Die CDU-Vorsitzende Merkel kann mit dem Ergebnis von Nordrhein-Westfalen „gut“ leben. Ihre Partei ist nicht mehr in der Bürgerschaft isoliert und auf den Sockel von 33 Prozent der Wähler - das Mindestmaß für richtige Volksparteien - zusammengedrückt. Der monatelange Berliner Einsatz von Rot-Grün zur Bloßstellung der CDU hat sich letztlich nicht gelohnt: Der



Siegeszug von 1999 ist zwar gestoppt, Rot-Grün ist als Projekt dennoch gefährdet.

Frau Merkel kann das auch sich zugute schreiben; sie hat in Berlin die Großwetterlage für die CDU bestimmt, unter der Rüttgers in den letzten Wochen selbstbewusster agieren konnte.

Frankfurter Allgemeine

## REGIERUNGSERLÄRUNG

### Schlechter Beleg

Der Aufschwung ist da – aber: trotz oder wegen der Wirtschaftspolitik von Rot-Grün? Da scheiden sich die Antworten auf die Regierungserklärung des Bundeskanzlers. Für die Erfolgsthese Schröders ist freilich der Arbeitsmarkt der schlechteste Beleg. Dort sind der frische Wind der Konjunktur und ein demographisch begründeter Rückgang der Beschäftigung die Treiber. Friedrich Merz hat zu Recht den europäischen Vergleich als Maßstab der Er-

folgsprüfung gefordert. Relativ gesehen bildet Deutschland, knapp vor Italien, das Schlusslicht. Mit anderen Worten: Andere Länder verstehen es, mehr aus ihrem Wachstumspotential zu machen. Deshalb ist zu warnen vor der Versuchung, sich auf dem Erfolg auszuruhen. Der Aufschwung basiert auf Exportboom und Euroschwäche.

Tagesspiegel

## STEUERPOLITIK

### Grundsätze

Bundeskanzler Schröder und Finanzminister Eichel haben offenbar begriffen, dass ihre bisher ausgegebene Parole „Die Union muss mitmachen, sonst steht sie in der Blockade-Ecke“ nicht weiterführt. Es ist der Union gelungen, in der Öffentlichkeit deutlich zu machen, dass es politisch legitim und wirtschaftlich nützlich ist, auf ein paar grundlegenden Prinzipien der Steuerpolitik auch durch die Drohung mit einem „Nein“ im Bundesrat zu bestehen. Zu diesen

Grundsätzen gehört die Gleichmäßigkeit der Besteuerung der Wirtschaft.

Frankfurter Allgemeine

## DEUTSCHLAND/USA

### Falsche Töne

Aus Irritationen im deutsch-amerikanischen Verhältnis droht eine ernste Krise zu werden. Auch im Verhältnis zu Washington macht der Ton die Musik. Ausgerechnet der deutsche Außenminister Fischer vergreift sich da ständig in der Tastatur. Kritik an den US-Plänen einer Raketenabwehr im All sind das eine, brüske Zurückweisung des wichtigsten Verbündeten etwas ganz anderes. Wenn Fischer dazu noch Deutschland zum Mittler zwischen Washington und Moskau erklärt, ist das ein Beispiel grotesker Selbstüberschätzung. Distanz zu Amerika gehört zu den Glaubensbekenntnissen der Grünen. Für die deutschen Interessen wäre sie brandgefährlich. Bild

CHRISTOPH BÖHR

# Rheinland-Pfalz braucht einen politischen Neuanfang

**Rheinland-Pfalz, so die politische Botschaft des Landesvorsitzenden Christoph Böhr auf dem 50. Landesparteitag im pfälzischen Frankenthal, braucht einen politischen Neuanfang. „Die Zukunft unseres Landes darf nicht weiter verspielt werden.“**

Unter dem Motto „Ideen für morgen“ will die CDU ihre Vorstellungen für die Zukunft des Landes diskutieren. Dabei werden unterschiedliche Ansprechpartner wie Unternehmer, Schüler, Behinderte und Senioren zu Wort kommen und über ihre Erfahrungen und Erwartungen berichten. Unter den eingeladenen Experten ist auch der Vorstandsvorsitzende der Jenoptik AG Jena, der frühere baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth.

## Jetzt noch auf die Hilfe der Nachbarn angewiesen

Nach neun Jahren SPD-geführter Landesregierung verliere Rheinland-Pfalz Schritt für Schritt den Anschluss an die dynamische Entwicklung in Deutschland und Europa,

stellt Böhr fest. In Rheinland-Pfalz sei das Bruttoinlandsprodukt das geringste in ganz Deutschland. Ohne die mehr als 200.000 Arbeitsplätze, die uns unsere Nachbarländer zur Verfügung stellen, sähe es finster aus in Rheinland-Pfalz.

Beispielhaft zeigt Böhr auf, wie die Mainzer Landesregierung seit Jahren bei den Multimedia-Techniken eine der großen Wachstumschancen verpasst. Statt in die Zukunft zu investieren, habe die Landesregierung nur einen Schuldenberg produziert. Seit 1991 habe die SPD-geführte Landesregierung nach ihrer eigenen mittelfristigen Finanzplanung bis 2001 die Schulden des Landes auf über 40 Mrd. Mark verdoppelt.

Die CDU, so Böhr, wolle hingegen die Chancen und die Stärken des Landes mobilisieren und Rheinland-Pfalz einen Stammplatz unter den starken Wirtschaftsregionen Deutschlands sichern. Unter anderem schlägt Böhr vor:

- eine High-Tech-Offensive für Rheinland-Pfalz zu starten, für die in den kommenden beiden Haushaltsjahren jeweils 100 Millionen Mark zur Verfügung stehen sollen,

- neue Organisationsformen der Arbeit, die die Arbeit zum Menschen bringen,
- die virtuelle Kommunalverwaltung, die das Rathaus



Böhr:  
„Rheinland-Pfalz muss seine Zukunft auf eigene Fundamente bauen.“

ins Wohnzimmer bringt,

- Zugang für jedermann zur Hochgeschwindigkeitsdatenautobahn durch ausgebauten Kreis- und Stadtnetze,
- Mittelstandsförderung für Handel und Werbung im Internet,
- konsequente Vermittlung von Medienkompetenz in Schule und Berufsbildung,
- gezielte Ansiedlung expandierender Unternehmen der Informations- und Kommunikationsdienstleistungen in Rheinland-Pfalz,
- besondere Maßnahmen für Existenzgründungen und Technologietransfer in den ländlichen Räumen.

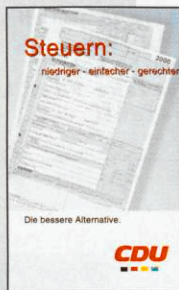
<http://www.cdu-rlp.de> Rede Böhr:

## Minibroschüre „CDU-Steuermodelle“

Bestell-Nr.: 5648

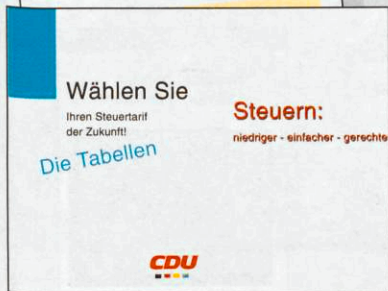
Verpackungseinheit 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 18,00 DM



Vergleich Tarif 2000 mit Tarif 2001  
Steuerlasten

zu erwerbende Einkünfte 2000	Erwerbende Einkünfte 2001	Steuerlast 2000 2000	Steuerlast 2001 2001	Erwerbs- steuervergütung 2001 2001	E-Verfall 2001 2001	Steuerlast 2001 2001	Steuerlast 2000 2000
10.000	0	0	0	0	0	0	0
15.000	300	170	180	180	180	180	+18
20.000	1.600	1.070	930	1.200	1.200	930	-140
25.000	2.800	2.490	450	2.010	2.010	450	-450
30.000	4.200	3.710	590	2.800	2.800	590	-140
35.000	5.700	5.020	730	3.590	3.590	730	-170
40.000	7.300	6.260	860	4.380	4.380	860	-210
45.000	9.000	7.430	1.000	5.160	5.160	1.000	-280
50.000	10.800	8.530	1.160	5.940	5.940	1.160	-380
60.000	14.210	12.200	1.600	10.710	10.710	1.600	-1.000
70.000	18.700	17.330	2.400	18.600	18.600	2.400	-2.510
80.000	24.400	23.760	3.400	28.200	28.200	3.400	-5.160
100.000	40.810	39.000	5.520	46.900	46.900	5.520	-12.900



## Faltkarte „Steuertabellen“

Bestell-Nr.: 2650

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 11,00 DM



## Faltblatt

„CDU jetzt? Gerade jetzt!“

Bestell-Nr.: 2648

Verpackungseinheit 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 13,00 DM

Union Betriebs GmbH  
 Postfach 1190  
 53348 Rheinbach  
 PVSt, Deutsche Post AG  
 Entgelt bezahlt.

**Broschüre „Neuanfang“**

Bestell-Nr.: 5654

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 36,00 DM

**Faltblatt  
 „Steuern senken für den Mittelstand“**

Bestell-Nr.: 2664

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 13,00 DM



**BESTELL-  
 ANSCHRIFT**

IS-Versandzentrum  
 Postfach 1465  
 59306 Ennigerloh  
 Telefax 02524/911310  
 e-mail:  
[cdu-shop@bertelsmann.de](mailto:cdu-shop@bertelsmann.de)